

Minister Peter Jacoby (Saarland)

- (A) Vorsitzender der Finanzministerkonferenz, sieht das in der Steuerreform vorgesehene **Optionsmodell** sehr kritisch. Er wurde dieser Tage im „Handelsblatt“ mit folgender Aussage zitiert:

Über das Optionsmodell bin ich nicht glücklich. Das Modell ist missbrauchsanfällig, beratungsintensiv und konfliktträchtig.

Also, meine Damen und Herren, ziehen wir doch im Blick auf das anstehende Vermittlungsverfahren die Konsequenzen aus diesen Einwendungen aus der Fachwelt und der Wissenschaft. Zu diesen Stimmen, auch von fach- und sachlich Zuständigen aus Ihren eigenen Reihen, haben Sie, Herr Bundesfinanzminister, heute leider nichts gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich fasse zusammen: Die Ausgangslage für eine wirkliche Steuerreform ist so gut, wie sie es schon lange nicht mehr war.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: Richtig! – Zuruf von der SPD: Dank unserer Politik!)

Wir machen keine Blockade, wie wir es leider in den Jahren 1997 und 1998 erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir weisen darauf hin: Die Steuereinnahmen laufen gut. Die Privatisierung von Bundesvermögen sowie die zu erwartenden **Versteigerungserlöse aus den Mobilfunklizenzen** schaffen weitere Spielräume, ohne dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung, zu dem auch wir uns bekennen und das wir unterstützen, infrage gestellt werden müsste. Deshalb sind wir davon überzeugt: Wenn wir an dieser Stelle anknüpfen und einen mutigen Schritt machen, dann werden die Selbstfinanzierungselemente verstärkt und erweitert und dann werden wir in der Lage sein – etwa wenn wir die Gelder aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen dazu nutzen, den Fonds Deutscher Einheit abzulösen

(B)

(Bundesminister Hans Eichel: Ach nee, gucke mal einer an!)

und damit den Schuldenstand zu tilgen –, aus dem bündischen Prinzip heraus einen Beitrag zur Entlastung der Länder und Kommunen zu leisten. Wir verbreitern so Spielräume und diese Spielräume nutzen wir zugunsten einer zukunftsorientierten Steuerreform.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Es spricht jetzt der Kollege Lothar Binding für die SPD-Fraktion.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD) (von Abgeordneten der SPD mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht die Aufgabe von Herrn Jacoby, an diesem Platz den Standort Deutschland schlecht zu reden. Es ist sinnvoller, sich da-

rum zu kümmern, dass Deutschland in gutem Licht erscheint, (C)

(Zurufe von der CDU/CSU: Sie haben nicht zugehört!)

und die Dinge beim Namen zu nennen, die angesprochen werden müssen.

Herr Jacoby hat beispielsweise das Wort „Spreizung“ benutzt. Nun möchte ich ganz kurz darstellen, worauf sich dieser Begriff bezieht: Er vergleicht zwar nicht unbedingt Äpfel mit Birnen, aber er vergleicht eine Gerade mit einer Kurve. Jeder lernt in der Schule, dass man eine Gerade – ein konstanter Steuersatz von null bis unendlich – nicht mit einer Kurve vergleichen kann, die, wie hier, eine Progression beschreibt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wäre sehr hilfreich, diese elementare Mathematik auch im Bundestag nicht zu missachten.

Wir haben heute gelernt, dass die vorgelegte Reform zur Senkung der Einkommensteuer und die Reform der Unternehmensteuer zukunftsfähig und sozial orientiert sind. Wir haben gelernt, dass die Steuern für alle Menschen gesenkt werden und dass die **sozialen Sicherungssysteme** durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit gestärkt werden. Wir haben gelernt, dass das geplante Steuersystem zukunftstauglich ist,

(Hansgeorg Hauser [Rednitzhembach] [CDU/CSU]: Sie haben nichts gelernt!)

woraus indirekt folgt, dass das bisherige nicht zukunftstauglich war. Wir haben gelernt, dass alle Unternehmen etwas von dieser Steuerreform haben. Wir haben etwas aus einem alten Grundsatz gelernt, nämlich: Man darf das nicht verschenken, was einem noch gar nicht gehört. Damit wird die Reform finanziert. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hierin besteht der entscheidende Unterschied zu allen Reformansätzen der vorherigen Regierung.

Ich will das mit einigen Zitaten belegen und mit einer Formulierung von Herrn Rauen beginnen. Herr Rauen hat vorhin gesagt: In sieben endlos langen Jahren erst werden wir das Ziel, die Rückführung der **Nettoneuverschuldung**, erreichen. Abgesehen davon, dass sieben kleiner als sechzehn ist, ist vielleicht noch von Belang, dass wir für diese sieben Jahre einen Plan haben. Wir haben 16 lange Jahre erlebt, in denen es keinen Plan gab.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Peter Rauen [CDU/CSU]: Wir haben die deutschen Einheit finanziert!)

– Zur deutschen Einheit komme ich gleich noch. Frau Hasselfeldt hat nämlich gesagt, wir vergäßen immer die deutsche Einheit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Da hat sie doch Recht!)

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Es ist bei näherer Betrachtung nicht so, dass die wesentlichen wirtschaftlichen Parameter, die Sie hinterlassen haben, aus der deutschen Einheit resultieren. Wir müssen uns klarmachen, dass das, was Helmut Schmidt hinterlassen hat, ein Drama war. Er hat 400 Milliarden DM Staatsverschuldung hinterlassen. Das war schlimm. Aber was war bis 1989 angewachsen? Da waren es plötzlich – ohne deutsche Einheit – 1 000 Milliarden DM. Das ist aber merkwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Helmut Schmidt hat eine dramatische Situation, nämlich 1 Million Arbeitslose, hinterlassen. Was haben Sie bis 1989 – 1989 gab es noch keine Vereinigung – daraus gemacht? Über 3 Millionen Arbeitslose.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: 500 Milliarden DM Schulden hat er uns hinterlassen!)

Man muss sich schon überlegen, ob man alles auf die deutsche Einheit schieben darf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Michelbach sagte, es komme zu einer brutalen Diskriminierung des Mittelstands. Dagegen frage ich, Herr Michelbach: Ist es nicht brutal, dass der Staat die Lohnsteuer und die Steuern, die der Mittelstand bezahlt, einkassiert und in Zinsen verwandelt? Das halte ich für brutale Steuerpolitik. Im Ergebnis hatte das auch einen gewissen Erfolg: Allianz, Dresdner Bank, Deutsche Bank, RWE und VIAG haben zum Beispiel von dieser Politik der Umwandlung von Lohnsteuer in Zinsen, mit denen sie wirtschaften, einen entsprechenden Erfolg, der jetzt zu korrigieren ist, erzielt. Wer ein bisschen darauf achtet, wie die Überkreuz- und die echten Beteiligungen funktionieren, weiß auch, dass es sehr wohl notwendig ist, die **Veräußerungsgewinne** jetzt steuerfrei zu stellen und gleichwohl, Frau Hasselfeldt, nicht zu vergessen, dass sie eine Nachversteuerung in dem Moment erfahren, in dem die stillen Reserven an natürliche oder private Personen übergehen. Insofern ist die Besteuerung sichergestellt und auch der Gerechtigkeit zwischen Großunternehmen, internationalen Strukturen und dem Mittelstand Genüge getan.

Ich will noch einen Satz zur Modernität dieses Gesetzes sagen. Wir haben ein altmodisches System vorgefunden, das nicht einmal europatauglich war. Wir haben ein System vorgefunden, das darauf basierte, dass man sich nicht sonderlich um die Neuverschuldung gekümmert hat. Frau Hasselfeldt ließ sich hinreißen, zu sagen: Wir brauchen keinen Buchhalter. – Ich glaube, dass wir sehr wohl einen Buchhalter brauchen, der darauf achtet, dass die Neuverschuldung nicht exorbitant wächst und alle Steuereinnahmen als Zinsausgaben auffrisst.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, der deutlich macht, wie modern das Gesetz ist. Denn nach diesem Gesetz wird es künftig möglich sein, elektronische Rechnungen als Nachweis für den Vorsteuerabzug anzuerkennen. Das ist verbunden mit modernen Prüfungsverfahren der Finanzverwaltungen, die künftig auf die Datenverarbeitungsanlagen der Unternehmen zurückgreifen können.

Damit wird die Effizienzsteigerung in den Unternehmen mit der Effizienzsteigerung der Prüfungsbehörde kombiniert. Wir glauben, dass das in einer Welt, in der wir vom Internet, von neuen Medien, von E-Commerce, von virtuellen Lagern und virtuellen Bestellvorgängen sprechen, ein sehr guter Einstieg in eine moderne Gesetzgebung ist, die zukunftstauglich ist und zeigt, in welche Richtung diese Regierung denkt und handelt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die Fraktion der CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Hansgeorg Hauser.

Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Binding, Sie haben völlig Recht: Neue Buchhalter braucht das Land, damit man all das bewältigen kann, was Sie mit Ihrer Steuerreform angestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es gibt zwar durchaus eine gute, aber natürlich auch eine schlechte Nachricht über die heutige Debatte. Die gute Nachricht lautet: Es wird eine Steuerreform geben – das Steuersenkungsgesetz wird die parlamentarischen Beratungen am Ende sicherlich passieren – und es wird eine Unternehmensteuerreform geben. Aber die schlechte Nachricht lautet:

(Peter Dreßen [SPD]: Die CDU blockiert, das ist die schlechte Nachricht!)

- (B) Der uns vorgelegte Gesetzentwurf hat eine so mangelhafte Qualität und wird so schwer verdaulich sein, weil alles so viel komplizierter wird, dass es mit Sicherheit zu einer Fülle von Nachbesserungen kommen wird. Aber das ist bei dieser Regierung absolut nichts Neues.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Es war für mich schon sehr befremdlich, mitzuerleben, wie wir im Finanzausschuss diskutiert haben. Im Grunde waren gar keine großen Diskussionen möglich, weil die Bereitschaft, ein wirklich gutes Gesetz zu machen, auf Ihrer Seite des Hauses einfach nicht vorhanden war. Frau Scheel, es entspricht nicht meinem Verständnis von parlamentarischen Beratungen von Gesetzen, darauf zu verweisen, dass es noch den **Vermittlungsausschuss** gibt und die Länder schon alles richten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Selbstverleugnung!)

Das stellen auch andere, so zum Beispiel die Wirtschaftsverbände, fest, die so gelobt worden sind. Von Herrn Hundt ist heute zu lesen: Dass die Steuerreform trotz ihrer gravierenden Schwächen, trotz einer drastischen Schieflage zulasten des Mittelstandes und trotz aller sachlichen Gegenargumente ihren parlamentarischen Gang nehme und für Nachbesserungen nur noch der